

fassung sei atheistisch, entbehrt jeder Grundlage. Den Namen Gottes nicht erwähnen (so beklagenswert das für viele von uns, die wir an ihn glauben, sein mag) heißt nicht ihn leugnen oder gar ihn beleidigen“ (Ecclesia, 25. 11. 78).

Die einzelne Themen berührende inhaltliche Kritik der Kirche an der neuen Verfassung betrifft die Bereiche Erziehung, Ehe und Familie. So garantiert die Verfassung zwar das Recht auf *freie Wahl der Schule*, so daß der Fortbestand und die Neugründung privater Schulen gesichert ist. Jedoch könnte eine restriktive Auslegung, wie sie die Linksparteien unter Berufung auf das

Recht auf Gleichheit der Bildungschancen befürworten, das katholische Schulwesen erheblich benachteiligen. Zudem beklagt die Kirche den ihrer Meinung nach zu *geringen Stellenwert der Familie* in der Verfassung. Wie die Mehrheit des Zentrums und die Rechte hätte sie gerne eine Formulierung entsprechend der der Erklärung der Menschenrechte gesehen: „Die Familie ist das natürliche und grundlegende Element der Gesellschaft“ (Art. 15,3).

Ebenso vermissen die Bischöfe ein Votum für die Stabilität der Ehe; der entsprechende Artikel sieht die „Auflösung“ der Ehe vor und öffnet damit den Weg zur gesetzlichen Eheschei-

dung. Gleichzeitig verwiesen die Bischöfe aber auf die zukünftige Verantwortung der Gläubigen, vor allem der katholischen Politiker, ihre christlichen Prinzipien in die Arbeiten für die erst beginnende umfangreiche Gesetzgebung im Gefolge der Verfassung einzubringen. Ein der Vollversammlung der Bischöfe vorliegendes Dokument zu Familienfragen wurde offenbar mit Rücksicht auf das Referendum zunächst zurückgestellt. Außerdem billigte die Vollversammlung mit Mehrheit den Inhalt von *vier Einzelverträgen zwischen Spanien und dem Vatikan*, die vor der Unterzeichnung stehen und das Konkordat von 1953 ablösen werden. G. B.

Politische Zeitfragen

Polen – Deutschland – Rom

Zum historischen Hintergrund eines bischöflichen Dialogs

Der Besuch des polnischen Primas in der Bundesrepublik im September 1978 – zweifellos der kirchliche Höhepunkt der deutsch-polnischen Versöhnungsbemühungen – und die Wahl Kardinal Wojtyłas zum Papst knappe vier Wochen später veranlassen uns zu einer historischen Rückblende auf die schwierigen Anfangszeiten einer neuen deutsch-polnischen Nachbarschaft. Hansjakob Stehle, als langjähriger Polen-Korrespondent der „FAZ“, als Osteuropa-Korrespondent in Wien und als gegenwärtiger WDR-Korrespondent in Rom sowohl mit Polen wie mit römisch-vatikanischen Vorgängen engstens vertraut – sein Buch „Die vatikanische Ostpolitik“ (vgl. HK, März 1976, 127ff.) ist international bekannt –, zieht im historischen Rückblick eine Bilanz der Jahre zwischen dem Briefwechsel der polnischen und der deutschen Bischöfe im Herbst 1965 und dem Abschluß des Warschauer Vertrages im Juni 1972. Dabei wird zum Teil auf bisher unveröffentlichtes Quellenmaterial zurückgegriffen.

Dreizehn Jahre sind eine lange Zeit, wenn das historische Gedächtnis etwas kurz geraten ist: So lange hat es vom deutsch-polnischen Bischofsbriefwechsel des Jahres 1965 bis zur Reise polnischer Kardinäle und Bischöfe in die Bundesrepublik im Herbst 1978 gedauert. Sie sollte – laut Kardinal *Höffner* – die Vergebung und Versöhnung zwi-

schen Deutschen und Polen „vollenden und besiegeln“, ja „das Buch des Unrechts nicht bloß zuschlagen“, sondern sogar „verbrennen“. Polens Kardinal-Primas *Wyszynski* ging nicht annähernd so weit: „Man kann nicht immer zurück in die Vergangenheit blicken, *doch man muß sich ihrer erinnern*, um Fehler nicht zu wiederholen... Freundliches Zusammenleben unserer Völker ist nur dann möglich, wenn es sich auf die *Wahrheit* stützt. Man muß die *ganze Wahrheit* aussprechen, auch wenn sie peinlich ist, und die kommende Generation in ihrem Geist bilden...“ Die Begegnung mit den deutschen Bischöfen wollte *Wyszynski* als „*signum temporis*“ einer neuen Sprache, doch eben nur als „*Vorankündigung* (zapowiedz) voller Verständigung“ verstanden wissen. (Vgl. die Schlußerklärungen in Köln am 25. September 1978.)

Warum diese „spürbare Zurückhaltung“ (Weltbild am 9. 10. 78), warum vermieden der Kardinal und seine Amtsbrüder – unter ihnen der künftige Papst *Wojtyła* – Worte wie Versöhnung, Vergebung, Schuld und Sühne, ja erwähnten „nicht einmal“ (FAZ am 25. 9. 78) jenen Briefwechsel von 1965, den die deutschen Bischöfe immer wieder rühmend zitierten? Gewiß befließigten sich die Gäste solcher Reserve nicht nur, weil sie die „polnische Staatsraison“ berücksichtigten, wie man in Warschau dem Pri-

mas schulterklopfend bescheinigte („Polityka“ vom 7. 10. 78). Zu Hause pflegt er, wie man weiß, kein Blatt vor den Mund zu nehmen; auch wenn es gilt, jener kommunistischen Obrigkeit die Meinung zu sagen, die ihm 1965/66 geradezu Staatsverrat vorwarf, während er unbeeirrt, ja um so energischer dabei blieb, den Deutschen zuzurufen: „Wir vergeben, und wir bitten um Vergebung...“ Damals sollte dieses religiös gemeinte Wort auch verhärteten politischen Boden auflockern helfen, nämlich Verständnis schaffen für Polens Existenzinteressen in den Oder-Neiße-Gebieten (die in der Bundesrepublik, nicht zuletzt im deutschen Katholizismus, lange fast nur als „kommunistische Interessen“ betrachtet wurden).

Entsprach damals die Antwort der deutschen Bischöfe dem Zuruf aus Polen? Ein Rückblick auf einige – heute schon historische – Hintergründe läßt den Beitrag der polnischen Bischöfe zu jener Wende erkennen, die zum *Warschauer deutsch-polnischen Vertrag* von 1970 und darüber hinaus führte. Ohne diesen politisch-völkerrechtlichen Akt (und seine kirchlichen Konsequenzen) hätte keine deutsch-polnische Versöhnung in Gang kommen, keine Pilgerreise polnischer Bischöfe an Rhein und Isar möglich werden können. Aus einem Polen, dessen Westgrenze noch immer ein mittel-europäischer Zankapfel wäre, hätten die Konklavekardinäle schwerlich einen Papst gewählt...

Die ersten Verbote

Schon 1960 hatte Bischof *Julius Döpfner* (Berlin), deutlicher als er – oder ein anderer Bischof – später je sprechen würde, die tabuisierte Grenzfrage angepackt:

„... Besonders in den Jahren von 1933 an geschah dem polnischen Volk himmelschreiendes Unrecht, dessen wir uns nur mit Schmerz und Beschämung erinnern können... Das deutsche Volk kann nach allem, was in seinem Namen geschehen ist, den Frieden nur unter sehr großen Opfern erlangen. Es wäre eine folgenschwere Selbsttäuschung anzunehmen, daß ein Volk eine Politik, wie sie jenes (Hitlers) Regime gegenüber anderen Völkern betrieben hat, nicht *hoch begleichen* muß... Für die Zukunft ist die Gemeinschaft der Völker und Staaten wichtiger als Grenzfragen... Dem Unrecht, das im Namen deutschen Volkes geschehen ist, antworte das im Geiste Christi bejahte *Opfer* unserer Heimatvertriebenen und Flüchtlinge...“ (Predigt in der Hedwigskirche in Ostberlin am 20. Oktober 1960.)

Mehr als ein Jahrzehnt später hat mir jedoch Kardinal Döpfner im Gespräch bestätigt, wie tief ihn die scharfe Kritik, die ihm damals aus den Vertriebenenorganisationen, auch von katholischen Politikern, entgegenhakte, getroffen und künftig „zu bedächtigerem Vorgehen“ veranlaßt hat. Ohne es zu wollen, war er 1960 in Gegensatz zum katholischen Bundeskanzler Konrad Adenauer geraten, der den frommen Ostpreußen eine Heimkehr in Aussicht gestellt hatte, wenn die Bundesrepublik stark und treu zur NATO stehe (vgl. Bulletin der Bundesregierung vom 12. Juli 1960, S. 1257/58). Kardinal Wyszyński hatte des-

halb den Kanzler „als feindseligen Menschen im fernen Westen“ apostrophiert.

Als das Zweite Vatikanische Konzil (1962–1965) deutschen und polnischen Bischöfen zum erstenmal ermöglichte, sich persönlich kennenzulernen, begegnete Julius Döpfner (seit 1961 Erzbischof von München) in dem (damaligen) Breslauer Titularbischof *Boleslaw Kominek* einem auf manche Weise geistesverwandten Amtsbruder: bestrebt, Brücken zu schlagen, nationale Ressentiments abzubauen, auch ideologisch-tagespolitische Barrieren zu durchbrechen, zugleich aber sorgsam, ja oft ängstlich darauf bedacht, sich und der eigenen Kirche das patriotische Image zu bewahren. Von Emotionen, auch heftigen, zuweilen hin- und hergerissen, näherten und entfernten sich Kominek und Döpfner im Laufe der Jahre immer wieder; ihr Dialog blieb freilich dadurch erschwert, daß Kardinal Döpfner stets Rücksicht auf das Gesamtkollegium der Deutschen Bischofskonferenz zu nehmen hatte, deren Vorsitzender er seit Ende 1965 war. Kominek andererseits hatte stets, auch als er 1973 als Erzbischof von Breslau mit dem von den Polen lange ersehnten Kardinalshut ausgezeichnet wurde, auf Solidarität mit dem eher konservativ-nationalkirchlich gesinnten Primas Wyszyński zu achten (aber auch auf Distanz vom Regime, das ihn zuweilen gegen den streitbareren Primas auszuspielen versuchte). Manche polnischen Bischöfe, nicht zuletzt Kardinal Wyszyński, beobachteten lange nur mit skeptischer Distanz die Kontakte Komineks mit deutschen Amtsbrüdern. In Memoirenfragmenten, die sein Sekretär *Jan Crucina* mit erzbischöflichem Imprimatur herausgegeben hat (Boleslaw Kardynal Kominek, „W Slusbie ‚Ziem Zachodnich‘“ [Im Dienste der Westgebiete], Wrocław, 1977), notierte der Breslauer Oberhirte, daß mit den Bischöfen aus der DDR

„... sofort Einmütigkeit entstand, da sie sich unter ähnlichen gesellschaftlich-politischen Bedingungen befanden wie wir. Es verbanden uns gemeinsame Sorgen und Nöte, gemeinsame Perspektiven und Hoffnungen. Bei ihnen gab es keine organisierten Aussiedlerkreise, keine revisionistische Propaganda, die ihnen das Leben erschweren konnte. Aus diesem Grund fanden wir sofort eine gemeinsame Sprache mit den Bischöfen aus Meißen, Görlitz, Berlin und Magdeburg. Sehr schwierig waren die Gespräche mit den Bischöfen aus der Bundesrepublik. Sie bildeten keine gemeinsame geistige Front, jeder von ihnen hatte eher seine eigene Denkrichtung; die Bischofskonferenz vereinte sie, aber das war – wie sie es ausdrückten – eine differenzierte Einheit. Im Grunde waren sie Polen wohlgesonnen, einige sogar sehr wohlgesonnen...“

Die Initiative Kardinal Komineks

Nicht von ungefähr hat die staatliche (*und kirchliche?*) Zensur in dieser Veröffentlichung aus dem Nachlaß Komineks die Jahre 1965 und 1966 nahezu ganz ausgeklammert und nur eine kurze Erwähnung dessen erlaubt, was die historische Tat Komineks war: Von ihm stammte die Idee und zum größten Teil auch die schriftliche Ausar-

beitung jenes Briefes, mit dem der polnische Episkopat am 18. November 1965 die deutschen Bischöfe – wie 55 andere Episkopate der Welt – zum „Millenium“, den Tausendjahrfeiern der Christianisierung Polens, nach Tschestochau einlud und zugleich für die religiöse, moralische und politische Hinnahme der „polnischen Westgrenze an Oder und Neiße“ gewinnen wollte.

Schon im April 1965, als ich Kominek in Rom besuchte, bewegte ihn der Gedanke einer solchen Initiative, die – darüber war er sich im klaren – nur Erfolgchancen haben konnte, wenn sie sich deutlich von der Propagandasprache der polnischen Kommunisten abhob (die damals in der Bundesrepublik fast nur militanten „Revanchismus“ am Werk sahen). Kominek zögerte noch. „Schließlich sind das alles sehr politische, heiß-politische Sachen“, schrieb er mir am 15. Mai aus Rom. „Ich habe in den letzten zwei Jahren viel draufzahlen müssen...“ Ihm, dem Schlesier (geb. 1903), war von Kindheit an das Verheerende der Nationalismen buchstäblich eingebleut worden – auf der deutschen Schulbank, wenn er polnisch, im polnischen Elternhaus, wenn er deutsch sprach. Im März 1963 hatte er mit fünf Vorträgen über Radio Vatikan die polnisch-kirchliche Wirklichkeit in den Oder-Neiße-Gebieten geschildert und sich dadurch Attacken der Vertriebenenpresse, ja eine Intervention der deutschen Vatikanbotschaft zugezogen. 1964, bei der Eröffnung des Studienjahres an der Katholischen Universität Lublin, sprach Kominek von einem „Mandat“ Gottes, der nicht zufällig neun Millionen Polen in die Oder-Neiße-Gebiete gesandt habe; er rief aber auch im Sinne des Konzils zum Dialog – über ideologische und nationale Grenzen hinweg.

Als Test für den nächsten, riskantesten Schritt betrachtete Kominek einen Aufsatz, den er am 30. Mai 1965 im Krakauer „Tygodnik Powszechny“ publizieren konnte – nach wochenlangen Querelen mit der staatlichen Zensur. Hier benutzte er schon viele jener Argumente, die auch der spätere Brief an die deutschen Bischöfe enthalten sollte:

Die Aussiedlung der Deutschen, die „schmerzlich auch viele Nicht-Nazis traf“, war keine polnische, sondern eine alliierte Entscheidung; nicht nationaler Größenwahn, sondern Existenznotwendigkeit läßt Polen an den Oder-Neiße-Gebieten festhalten; es gibt gewisse Anzeichen von „politischem Realismus“ in der Bundesrepublik; die Kirche, „die einzige wirkliche übernationale Gemeinschaft“, kann durch den Dialog dazu beitragen, die Gegensätze zu überwinden. Mehr noch: „Frieden und Freiheit bedingen einander. Bedingung garantierten Friedens ist die Sicherung der Freiheit, im gegebenen Fall u. a. der Freiheit für beide Nachbarvölker.“

Kominek wußte, was er riskierte – auch im eigenen Lande, wo nicht nur die regierenden Kommunisten, sondern auch die Mehrheit der Bevölkerung mit tiefem Mißtrauen auf eine Bundesrepublik blickten, in der zu jener Zeit kein maßgebender Politiker – auch kein katholischer Bischof – bereit war, den Polen oder gar dem eigenen Volk die bit-

tere Wahrheit über die verlorenen Gebiete zu sagen. „Reaktionären Manichäismus, und pharisäische Dialektik“, ja eine „Vorstellung von Gott als Räuberhauptmann“ warf das offizielle Organ des „Bundes der Vertriebenen“ dem Bischof vor („*dod*“ vom 26. 6. 65).

„Ich habe das in extenso gelesen“, schrieb mir dazu Kominek am 29. Juli. „Na ja, radikaler und (pardon!) dümmmer geht's nicht mehr. Man möchte beinahe sagen: Herr, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun! Werde natürlich auf dieser psychologischen und sprachlichen Ebene keine Polemik mit ihnen aufnehmen...“

Statt dessen bezeugte Kominek bei einer öffentlichen Festsitzung des polnischen Episkopats zum 20. Jahrestag polnischer Kirchenverwaltung in den Oder-Neiße-Gebieten (am 31. August 1965 im Breslauer Dom), daß er sich – bei aller Eintracht in der Sache – doch in Stil und Geisteshaltung von der historisierenden, nationalreligiösen Argumentation des Kardinal-Primas unterschied. Während für Wyszyński alle Steine Breslaus nur polnisch redeten und „niemals deutsches Gut waren“, sagte Kominek:

„Wir bemühen uns, alles, was sich an Gutem und Schönem aus der Vorkriegszeit erhalten hat, zu ehren... Wir wenden nicht den Grundsatz an: Nur für Polen... Wir wünschen ehrlich, daß die polnische Wirklichkeit der Westgebiete nicht nur alle Glieder unseres Volkes eint, sondern den Weg zu Verständigung und Frieden mit unseren Nachbarn bahnt – vor allem mit jenen, denen der nicht von uns heraufbeschworene Lauf der Kriegereignisse diese Gebiete weggenommen hat.“

Zwischen Scylla und Charybdis

Als ich Kominek am 1. September in seiner Breslauer Residenz besuchte, war er dabei, in „diesem Sinne einen weiteren Grundsatzartikel über den Dialog Polen – Deutschland“ für den Krakauer „Tygodnik Powszechny“ zu schreiben. „Hoffentlich wird der Artikel nicht zwischen der Scylla und Charybdis der Zensur erdrückt bzw. zerquetscht...“, schrieb er aus Rom am 9. November. Seine Befürchtung bewahrheitete sich; es war eine Warnung des Gomulka-Regimes, das die Wirksamkeit kirchlicher Vermittlungspolitik sowohl bezweifelte wie – befürchtete. Inzwischen aber benutzte Kominek die letzte Konzilssession in Rom, um sein großes Projekt voranzutreiben – wobei er heiligen Eifer mit diplomatischer Vorsicht, aber auch mit einer gewissen politischen Arglosigkeit verband.

Am 1. Oktober 1965 veröffentlichte der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) die *Denkschrift über die „Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen Nachbarn“*; sie enthielt genau das, was sich die polnischen Bischöfe von der deutschen katholischen Kirche so lange vergebens erhofft hatten: eine selbstkritische, realistische Auseinandersetzung mit der moralischen und rechtlichen Problematik der Grenze – mit der nahegelegten Konsequenz, auf deren Revision zu verzichten. Kominek sondierte kurz die Möglichkeit, diesen Ball durch eine *direkte* Antwort der polnischen Kirche

aufzugreifen; seine deutschen bischöflichen Gesprächspartner rieten davon ab, sogar von einer ausdrücklichen Erwähnung der evangelischen Denkschrift – „nicht aus konfessionellen Gründen“, wie sie sagten. Schließlich wurde in den polnischen Bischofsbrief nur eine lakonische Bitte an die deutschen Oberhirten eingefügt, „Grüße und Dank den deutschen evangelischen Brüdern“ zu überbringen. Kardinal Döpfner erfüllte diese Bitte erst zwei Monate später (in einem Brief an Präses Kurt Scharf vom 20. Januar 1966) – nicht ohne beiläufig zu beteuern, daß es zum deutsch-polnischen Briefwechsel auch ohne die evangelische Denkschrift gekommen wäre...

Das stimmte zwar, doch nicht weil die deutschen, sondern weil die meisten polnischen Bischöfe, voran Kominek, zu einem „mutigen Vorstoß“ (so Döpfner über die evangelische Denkschrift) entschlossen waren. Unermüdlich feilte Kominek, unterstützt von dem schlesischen Weihbischof *Jerzy Stroba* (seit September 1978 Erzbischof von Posen), an seinem in deutscher Sprache geschriebenen Textentwurf. Der Krakauer Erzbischof *Karol Wojtyła*, der politischem Engagement von jeher abhold war, steuerte moraltheologische Formulierungshilfen bei. Er, der heutige Papst, hatte – ganz im Konzilsgeist – die Tausendjahrfeier der „Taufe Polens“ vorwiegend als sakramental-geistliches und nicht so sehr als kirchlich-nationales Ereignis gewürdigt (vgl. seinen Aufsatz „Millenium i Sobór“ in „Tygodnik Powszechny“ vom 2. Mai 1965). Am 4. Oktober luden Kominek und einige andere polnische Bischöfe drei deutsche Amtsbrüder (*Hengsbach* aus Essen, *Spülbeck* aus Meißen und *Schröffer* aus Eichstätt) zu einem Abendessen ins polnische Kolleg in Rom; in diesem „consilium caritatis“, wie es einer der Teilnehmer nannte, wurden nicht nur manche Passagen von Komineks Text „getestet“, Kominek nahm auch die Hoffnung mit, daß dem Mut seines Vorstoßes eine ebenso kühne deutsche Antwort entsprechen würde. War das Wunschenken? Oder versprach die Stimmung des Abends mehr, als dann gehalten wurde?

Kominek fühlte sich jedenfalls bestärkt. Er scheute sich jetzt nicht mehr, auch Laien zu konsultieren wie z. B. *Walter Dirks*, den Kominek um ein Gespräch bat. (Dirks hatte als einer der ersten katholischen Publizisten in Deutschland vorsichtig angeregt, über „Kompromißlösungen“ der Grenzfrage nachzudenken, „die Verzichte einschließen würden“ – vgl. „Neue Rheinzeitung“ vom 6. 4. 57.) Einblick in den Textentwurf erhielt sogar ein kommunistischer Korrespondent in Rom, *Ignacy Krasicki* (Nachfahre des gleichnamigen polnischen Dichters und Fürstbischofs von Ermland 1735–1801). Kominek, der nicht wußte, daß Krasicki den Warschauer Behörden seine Kenntnisse als „eigene“ Information weiterreichte, wähnte sich formell abgesichert, weil Krasicki keine Einwände gegen das Projekt erhob. So ahnte Kominek nicht, daß die Gomulkaführung bereits einen Schlag gegen die kirchliche „Einmischung“ in ihre Deutschlandpolitik vorbereitete und nur noch abwartete, ob sie von der Antwort der deutschen Bischöfe nicht doch – wider Erwarten – entwaflnet würde...

Deutsche Zurückhaltung mit bitteren Folgen

Das schwierigste Problem meinte Kominek jedoch bei seinen polnischen Amtsbrüdern bewältigen zu müssen. Denn nur zögernd setzte Kardinal Wyszyński nach Wochen, kurz vor Konzilsschluß in Rom, seine Unterschrift vor die der 34 anderen polnischen Bischöfe und besiegelte damit ein Dokument, „für das wir werden zahlen müssen“, wie einer der Bischöfe befürchtete. „Dann werden wir um der Liebe willen dulden...“, sagte ein anderer. Eben diese Perspektive überzeugte den Primas; seinem ausgeprägten politischen Instinkt entging es nicht, daß das, was Kominek für eine psychologische Voraussetzung hielt („eine für Deutsche verständliche Sprache und Argumentation zu benutzen“ – vgl. Rede im Breslauer Dom am 27. 2. 66), zur politischen Fußangel würde – falls die deutschen Bischöfe auswichen. Daß dies geschehen würde, dessen war sich Wyszyński fast so gewiß wie Gomulka. Nur war der Primas zugleich sicher, daß Polens Kirche aus dem Streit mit der Staatspartei, der dann entstehen würde, nur noch stärker als Bannerträger der Nation hervorgehen konnte. Und damit hat er in den folgenden 13 Jahren, in denen er zweimal schon Edward Gierek (den Nachfolger Gomulkas) vor Katastrophen retten half, recht behalten... Kominek wollte allem Streit ein Ende machen: „Versuchen wir zu vergessen! Keine Polemik, kein weiterer kalter Krieg, aber Anfang des Dialogs!“ schrieb er in den Text für die deutschen Bischöfe und warb um Verständnis „für unser Vaterland, das aus dem Massenmorden nicht als Siegerstaat (!), sondern bis zum äußersten geschwächt hervorging“; es habe ein „elementares Sicherheitsbedürfnis“, nämlich nicht wieder zum „Generalgouvernement“ zu werden: „ohne Westgebiete, aber auch ohne Ostgebiete“. Der Brief bezeugte jedoch auch Verständnis „für das Leid der Millionen von Flüchtlingen und vertriebenen Deutschen“, überhaupt für dieses – damals noch – äußerst „heiße Eisen“ deutscher Innen- und Außenpolitik.

Und die deutschen Bischöfe? Nach zwölf Tagen, am 30. November, übergaben sie den polnischen Brief der Öffentlichkeit. Er müsse „unter vielen Aspekten betrachtet werden... Wir haben das zweigeteilte Deutschland. Hier leben so viele Vertriebene. Sicherlich käme es uns nicht zu, wenn wir uns in staatsrechtlichen Kategorien bewegen, und die Oder-Neiße-Grenze ist höchstes Politikum. Das muß sehr gut bedacht werden“, so sagte Bischof *Hengsbach* am 1. Dezember (dem Korrespondenten der Wiener „Presse“).

Die Antwort fiel daher so behutsam und diplomatisch aus, daß sie den polnischen Kommunisten sogar dazu dienen konnte, sie den polnischen Bischöfen ironisch als Vorbild vorzuhalten (vgl. „Gazeta Robotnicza“ vom 17. 2. 66). Da gab es zwar auch die Bitte um Vergebung für „Furchtbares“, das Polen von Deutschen angetan wurde; es war davon die Rede, „daß wir Folgen des Krieges tragen müssen“ und daß in den Oder-Neiße-Gebieten eine Generation heranwächst, die dieses Land „als ihre Heimat betrachtet“.

Das „Recht auf Heimat“ der Vertriebenen wurde in dem Antwortbrief ausdrücklich reklamiert, doch darauf reduziert, „daß sie dieser Heimat *verbunden* bleiben“. Was dies bedeuten sollte, ließ der Brief nur ahnen, in dem er christliche Liebe beanspruchte, „um alle unseligen Folgen des Krieges in einer nach allen Seiten befriedigenden und gerechten Lösung“ zu überwinden.

„Hier ist alles das vermieden worden, was die EKD-Denkschrift trotz redlicher Absicht so belastet... Die katholische Welterfahrung hebt sich wohltuend vom reformatorischen Eifer ab“, lobte „Christ und Welt“ (10. 12. 65). Polens Episkopat aber beeilte sich, am 7. Dezember, dem Tag, an dem er das (vom 5. datierte) deutsche Schreiben in Rom der Öffentlichkeit übergab, diese Antwort als „positiv“ zu bezeichnen und ihre Deutung des Heimatrechts als „analog zum kürzlichen Memorandum der deutschen Protestanten“. (Was die polnischen Bischöfe wirklich dachten, äußerten sie erst viel später.) Noch am Tage vorher (6. Dezember) hatte mir der Warschauer Kirchenamtsfunktionär *Aleksander Merker* auf telefonische Anfrage (aus Berlin) zögernd erklärt, „inoffiziell“ betrachte man die Initiative des polnischen Episkopats als „Fortsetzung der Linie, die von den Bischöfen bei den Zwanzigjahrfeiern in Breslau am 30. August bezogen wurde“. Also doch positiv? Jetzt lag außer dem *deutschen* Antwortbrief auch eine Interpretation des *polnischen* Briefes durch Kardinal Döpfner vor: „In verschiedenen Formulierungen widerspreche dieser Brief der öffentlichen Meinung in Polen“ (dpa am 10. 12.). „Das Interessanteste ist die unüberhörbare Distanzierung von Potsdam“ (Rheinischer Merkur am 10. 12.). „Der polnische Parteichef muß den Schritt der Oberhirten als einen Affront gegen sich und sein Regime ansehen“ (Christ und Welt am 11. 12.). Diese und viele ähnliche Stimmen aus Deutschland boten nun der Warschauer Parteiführung ausreichenden Vorwand, um die wildeste Diskreditierungs-Kampagne gegen den Episkopat in Gang zu setzen, die es in Polen je gegeben hat: Den Bischöfen wurde die nationale Zuverlässigkeit abgesprochen, ja zeitweilig sogar die Absicht unterstellt, die Oder-Neiße-Grenze als Verhandlungsobjekt anbieten zu wollen.

Eine Kehrtwendung Gomulkas

Kominek war tief erschrocken. Im oberösterreichischen Grenzort Schärding, wo er sich zu einer Kur aufhielt, hatte ich Anfang Januar 1966 über Tage Gelegenheit, mit ihm über die entstandene Lage zu sprechen. In seinem Auftrag wandte ich mich mehrmals telefonisch an Kardinal Döpfner in München mit der Anregung, er möge mit Kominek *zusammen* (oder wenigstens *nach* Kominek) im Deutschen Fernsehen auftreten, um die böswillige Interpretation des Briefwechsels durch die Warschauer Kommunisten zurechtzurücken und so den bedrängten polnischen Bischöfen beizustehen. Kardinal Döpfner lehnte dies ohne Angabe von Gründen ab. Enttäuscht, aber nicht resigniert

entschloß sich Kominek zu einem sorgsam vorbereiteten Fernsehinterview (das er mir am 5. Januar in Schärding gab und das am 10. Januar 1966 von *Joachim Fest* in „Panorama“ präsentiert wurde):

„...Es gab Mißverständnisse... Die Oder-Neiße-Grenze kann nicht geändert werden, der Potsdamer Beschluß (von 1945) ist für Polen ein ganz positiver Friedensschluß gewesen... Vergebung und Verzeihung betreffen nur die Bußfertigen... Die christliche Kirche in Polen will eine Friedenskirche sein, sie ist aus ihrem Burgbegriff herausgegangen, sie ist wieder Diaspora geworden, und wir wollen heute nicht mehr Vormauer – gegen niemanden – sein. Die Kirche will Frieden ausstrahlen nach Ost und West... Wir fürchten aber Deutschland immer noch, weil wir nicht wissen, was in der deutschen Volksseele brodet. Wir bitten das deutsche Volk, die polnische Politik in dieser Hinsicht verstehen zu wollen...“

„Wenn das im Brief der polnischen Bischöfe geschrieben gewesen wäre, hätte es die polnische Nation, nehme ich an, mit Beifall aufgenommen“, antwortete Parteichef *Gomulka* in einer Rede am 14. Januar vor dem „Komitee der Nationalen Einheitsfront“ in Warschau. Vor Gomulka hatte von der gleichen Tribüne *Jerzy Turowicz*, Chefredakteur der Krakauer katholischen „Tygodnik Powszechny“ (und engster Freund von Erzbischof *Wojtyła*), dramatisch an die Partei appelliert, „die Polemik einzustellen“, denn in nationalen Fragen gebe es doch keinerlei Unterschiede unter den Polen. Der allen gemeinsame Standpunkt sei im Brief der polnischen Bischöfe nur „so formuliert worden, daß ein Teil der westdeutschen Öffentlichkeit ihn – gegen die Absicht der Autoren – als Bereitschaft zu politischen Konzessionen auslegen konnte“, sagte Turowicz. Nein, so gab Gomulka zu, Grenzkonzessionen hätten die Bischöfe in der Tat nicht machen wollen, wohl aber sei es ihre Absicht, Polen nach Westen zu orientieren, als Bollwerk gegen die Sowjetunion... Die Polemik ging so noch monatelang weiter, sie vergiftete das – von Staat und Kirche nun konkurrierend gefeierte – „Millennium“ und verhinderte im Mai eine Reise Papst Pauls VI. nach Tschenstochau. Kominek aber hatte mir am 20. Januar, kurz vor seiner Abreise aus Schärding geschrieben:

„Es darf auf keinen Fall zum Kirchenkampf kommen. Papst, Kirche und Bischöfe wollen ihn nicht, der Staat kann sich ihn auch nicht leisten. Also Geduld (und Spucke!) und beruhigen, nicht aufhetzen! Er wird ja immer unmoderner – nämlich der militante Atheismus. In vier Tagen fahre ich über Wien nach Hause – in die Höhle des Löwen wie seinerzeit der Prophet Daniel. Aber der wurde ja Gott sei Dank auch nicht von den Löwen gefressen. Auch dies wird immer unmoderner...“

Immer unmoderner erschien vor allem der Streit, ob Polens Kirche allein die wahre Staatsraison des Landes verkörpert oder ob sie umgekehrt die Auslegung der Nationalinteressen allein der Staatspartei zu überlassen hat. *Karol Wojtyła*, der „unpolitische“ Erzbischof von Krakau (und heutige Papst), ließ sich – anders als der Kardinal von Warschau – auf diese Fragestellung nicht ein. Er selbst schwieg in jenen dramatischen Wochen und ließ durch *Jerzy Turowicz* diese Distanz begründen:

„Die Mission der Kirche ist nicht an die Nationen, sondern an die Menschen, an jeden Menschen adressiert... Die Kirche schlägt der Welt keine fertigen Lösungen ihrer sozialen, wirtschaftlichen und politischen Probleme vor, die Welt muß diese Probleme selbst lösen... Die Kirche ist bereit, zu dienen mit Rat und Hilfe, sie erinnert an die Prinzipien, die respektiert werden müssen... Auch in Polen müssen die Formen kirchlicher Präsenz verändert werden, nicht nur weil es in Polen ein sozialistisches System gibt, sondern vor allem, weil die polnische Gesellschaft schon heute eine pluralistische ist und immer mehr sein wird... In einer pluralistischen Situation wird es immer selbstverständlicher, daß die geeignetste Form gegenseitiger Beziehungen die *Trennung der Kirche vom Staat* ist... Die Lage in Frankreich und den USA zeugt davon, daß die Trennung der Kirche vom Staat, gegründet auf *gegenseitige wohlwollende Neutralität*, respektiert von beiden Seiten, die Lösung der Zukunft ist. Das gilt auch für Polen. Und wenn das in unserem Land bestehende Modell der Trennung schlecht funktioniert, so heißt das noch keineswegs, daß der Grundsatz nicht richtig wäre...“ („Tygodnik Powszechny“ 10. bis 17. 4. 66).

Auch Kominek pochte auf „Trennung von Kirche und Staat“, als ich ihm am 22. März 1966 in Warschau wieder begegnete: „Nach diesem Grundsatz kann es aber auch der Staat respektieren, wenn die Kirche ihre moralische Autorität in die Waagschale wirft, um den Dialog mit den feindlichen Nachbarn von gestern zu beginnen“, sagte er und versuchte noch einmal durch ein Interview (vgl. „Stern“, Nr. 17/1966), die Wogen zu glätten:

„Sogar christgläubige Brüder, die leider wissen, was sie tun, haben uns einen Bärendienst erwiesen und unsere Absichten entstellt... Vielleicht wäre es gut gewesen, wenn unsere deutschen Amtsbrüder noch ein zweites klärendes Wort gesprochen hätten, wenn sie ihr Verständnis für unser Existenzrecht an Oder und Neisse unmißverständlicher ausgedrückt hätten – aber wir sind ja alle nicht unfehlbar... Als Hirten der Kirche wollen wir nicht den Diplomaten, die sich auf subtile Formulierungen verstehen, Konkurrenz machen.“

Eben darauf berief sich Kardinal *Döpfner*, als er am 3. Mai in München sehr diplomatisch predigte: Durch politische Fragen wie die nach der Oder-Neiße-Grenze werde „das Friedenswerk des Briefwechsels gefährdet“, die Briefe müßten „im vopolitischen Raum“ bleiben. Waren sie aber dort wirklich geblieben? Die deutschen Bischöfe schienen es zu meinen, als sie am 4. März 1966 ihre „*Hofheimer Erklärung*“ zum polnischen Millennium mit einer Wiederholung des vieldeutigsten (und in Polen umstrittensten) Satzes aus ihrem Antwortbrief vom Dezember hatten ausklingen lassen: Gebet und Sühne der Kriegsgeschädigten werde dazu beitragen, „alle unseligen Folgen des Krieges in einer nach *allen* Seiten befriedigenden Lösung zu überwinden“. Auch der *Katholikentag von Bamberg* (Juli 1966) rang sich nur zu der unkonkreten Versicherung durch, die deutschen Katholiken würden sich dafür einsetzen, „daß das deutsche Volk die nationalen Existenzrechte des polnischen Volkes respektiert“. Wenn es aber Sache der *Bischöfe* war, im „vopolitischen“

Raum zu bleiben, „warum haben die katholischen *Politiker* der CDU/CSU keine eigene Initiative entwickelt“? So hieß es Jahre später in einem 10-Punkte-Dokument (vom 28. 10. 70), das Erzbischof Kominek christdemokratischen Parteien aller Welt (auch den Bonner Unionsparteien) vorlegen ließ:

„... Warum hat der katholische CDU-Kanzler der Großen Koalition (Kiesinger) die Möglichkeiten einer historisch-moralischen Bereinigung nicht wahrgenommen oder versucht? Warum gibt es keine ähnlich mutigen Äußerungen wie die von Richard von Weizsäcker von katholischen Politikern der CSU/CDU? Warum vermochte der deutsche Episkopat nur den Militärbischof und den Flüchtlingsbischof für einen Besuch in Polen anzubieten?... Jetzt hat die deutsche Linke unter Brandt die längst fällige Frage in die Hand genommen. Soll deshalb das historisch, ethisch Notwendige und Zukunftsträchtige unterlassen werden?...“

Ein später Briefwechsel Wyszyński–Döpfner

Ein Jahr vor diesen vorwurfsvollen Fragen war in Bonn die sozialliberale Koalitionsregierung gebildet worden, und Kominek hatte – mit ausdrücklicher Billigung des polnischen Primas – vertraulichen Kontakt mit deutschen Sozialdemokraten gesucht. Der frühere Zentrums-Reichstagsabgeordnete *Johannes Schauff* vermittelte Ende November 1969 zwei Begegnungen Komineks (in Schauf's römischer Wohnung und im Hotel „Bernini“) mit *Herbert Wehner* und *Georg Leber*. Die Frage war: Wie könnte man die kommenden Verhandlungen zwischen Bonn und Warschau mit einer (vom Vatikan zu vollziehenden) endgültigen Errichtung der Oder-Neiße-Diözesen verbinden und wie könnte eine kirchliche „Vorleistung“ die politischen Verhandlungen zumindest psychologisch erleichtern? Konnte andererseits Polens Kirche im Geiste des Bischofsbriefwechsels von 1965 auf die deutschen Bischöfe einwirken, deren Scheu überwinden – und so der neuen Bonner Ostpolitik innenpolitische Erleichterung schaffen? Nicht Kominek, der bei vielen deutschen Katholiken (zumal in den Unionsparteien) als „kommunistenfreundlich“ verschrien war, sondern der Kardinalprimas Wyszyński selbst engagierte sich nun. Anfang November 1970 diskutierte er in Rom – zum erstenmal nach Jahren – mit Kardinal Döpfner über das deutsch-polnische Verhältnis. Wie unbefriedigend diese Unterredung verlief, ergibt sich aus einem Brief, den Wyszyński unmittelbar darauf am 5. November 1970 (drei Tage nach dem Beginn der Warschauer Verhandlungen durch den Bundesaußenminister *Walter Scheel*) an Kardinal Döpfner schrieb. Auszüge aus diesem historischen Dokument, das zugleich die Bilanz des Briefwechsels von 1965 darstellt, können hier erstmals vorgelegt werden:

„Lieber Herr Kardinal, gewiß haben Sie bemerkt, wie die Weltpresse über unsere römische Zusammenkunft fantasiert. Ich kann aber Ihnen versichern, daß ich bisher mit niemandem darüber gesprochen habe. Doch habe ich den Eindruck, daß wir unsere Unterredung nicht zu Ende gebracht haben

und daß es uns übrigbleibt, die Schlußfolgerungen klar zu formulieren:

1. In dieser historischen Stunde erscheint zum erstenmal seit den furchtbaren Vorgängen vor 25 Jahren und der Entfremdung unserer Völker die Möglichkeit einer Regelung der Lebensfragen des polnischen Volkes und Staates. Darf da die bischöfliche Führung in der Bundesrepublik beiseite stehen? In unserem Briefwechsel von 1965 haben wir, im Geiste des Evangeliums und des Konzils, um gegenseitige Versöhnung gebeten. Heutzutage wird um die konkrete politische Konsequenz dieser Gesinnung zwischen unseren Völkern gerungen. Mir scheint es die Aufgabe der Kirche zu sein, die staatliche Leitung auf die Wichtigkeit der kommenden Entscheidung aufmerksam zu machen, so daß wir an diesem historischen Ereignis nicht vorbeilaufen oder zurückbleiben. Ich glaube, Herr Kardinal, daß dies mit „POLITIK“ gar nichts zu tun hat. Es handelt sich einfach um die seelsorgliche Pflicht unserer Episkopate. Nun muß ich Ihnen ganz ehrlich gestehen, daß die Antwort des deutschen Episkopats auf unseren Versöhnungsbrief nicht nur die Polen, sondern die Weltmeinung enttäuscht hat. Unsere so herzlich ausgestreckte Hand wurde nicht ohne Vorbehalt angenommen [...]

2. Dies ist um so trauriger, da die deutschen Protestanten dem katholischen Polen in einer viel mehr evangelischen Gesinnung entgegenkommen [...] Für unser katholisches Volk ist es ein öffentliches Ärgernis [...]

3. ‚Verzeihen‘ heißt leider nicht ‚vergessen‘ [...] Desto mehr erwartet das polnische Gottesvolk Verständnis und evangelisches Entgegenkommen von der Seite des deutschen Episkopats durch ein klares und öffentliches ‚Engagement‘ auf Grund unseres gemeinsamen Glaubens. Es leben noch viele in Polen, die Augenzeugen der furchtbaren Ereignisse gewesen sind. Ich selbst habe Massenexekutionen von Geiseln gesehen, die man gefesselt, den Mund mit Gips geknebelt, durch Warschau Straßen zum Mordplatz schleppte. Als Lubliner Bischof habe ich große Haufen von Kindergerippen gesehen ...

4. [...] Jeder territoriale Verlust im Osten hat seit Jahrhunderten Tausende und Millionen Gläubige von der katholischen Kirche getrennt [...] Darum ist auch unsere Grenzfrage eine Kirchenfrage! [...] Die Grenzfrage ist für sie [die Menschen aus dem früheren Ostpolen] eine Lebensfrage geworden.

5. [...]

6. [...] Gerade heute hat man mir gesagt, daß der Heilige Stuhl durch den Widerstand des deutschen Episkopats so gelähmt ist, daß er die dringendsten Probleme der westlichen Diözesen (Polens) nicht lösen kann [...]

Herr Kardinal und lieber Amtsbruder! Seien Sie mir nicht böse, daß ich Ihnen unsere kritische Situation nochmals vorgestellt habe. Nur ‚WAHRHEIT BEFREIT‘, und es scheint mir, daß man in Deutschland aus verschiedenen Gründen unsere Wahrheit nicht sieht oder nicht sehen will [...] Sehen Sie bitte in diesem meinem Brief eine Fortsetzung dessen, den wir vor fünf Jahren geschrieben haben ...“

Kardinal Döpfner, der Adressat dieses Briefes, antwortete ein halbes Jahr später, am 15. Mai 1971, in einem Brief, den er einer nach Polen reisenden „Pax-Christi“-Delegation mitgab. Hier ein Auszug:

„[...] Seien Sie überzeugt, die deutschen Katholiken bekennen sich entschieden zur Verständigung und Versöhnung mit Polen. Insgesamt ist in allen Schichten und Gruppen unseres

Volkes die Bereitschaft zu dieser Verständigung gewachsen und infolgedessen auch zu einer Normalisierung der Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland. *Der Vertrag*, der dieser Normalisierung dienen soll und der am 7.12.1970 in Warschau unterzeichnet wurde, ist innerhalb der Bundesrepublik *umstritten, auch unter den Katholiken. Es steht mir weder zu, hier Partei zu ergreifen, noch würde eine Parteinahme jenem Ziel der Verständigung und inneren Aussöhnung nützen.* Aber ich möchte Ihnen gegenüber, Herr Kardinal, noch einmal betonen, was ich als Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz am 21. 12. zum Vertrag erklärt habe: ‚Bei aller Unterschiedlichkeit in der Bewertung des Vertrages wird in der gegenwärtigen Situation eines sichtbar – und das stellen wir mit Genugtuung fest: die Bevölkerung in der Bundesrepublik wünscht in ihrer Gesamtheit die Aussöhnung mit dem polnischen Volk und ist bereit, dafür Opfer zu bringen ...‘ ... Das freie Ja zum *Anrecht* des polnischen Volkes, in gesicherten Grenzen zu leben, ist in dieser Hinsicht ein wesentlicher Anfang. Ebenso ist, was die Kirche in Polen betrifft, zu hoffen und wünschen, daß Schritt für Schritt jene Ordnung der kirchlichen Verhältnisse erreicht werde, die Ihnen und Ihren bischöflichen Mitbrüdern so am Herzen liegt. Aber zugleich ist – *unabhängig* von den mit dem Vertrag zusammenhängenden Problemen – *Geduld nötig, um nicht durch Voreiligkeit das Erreichte wieder aufs Spiel zu setzen.* Hier wie dort braucht es längere Zeit, bis die Völker *in Geist und Herz* sich ganz zu eigen machen, was der gute Wille erstrebt ...“

Vertrauen gewonnen, ohne Vertrauen zu verlieren

„Längere Zeit“ verstrich. Mehr als ein Jahr später, am 3. Juni 1972, wurde der Warschauer Vertrag völkerrechtlich ratifiziert. Hatte sich die polnische Kirche in der Vorhut der Politik bewegt, so bewegte sich nun die deutsche bis zuletzt in deren Nachhut: Zehn Tage später, am 13. Juni, sagte Kardinal Döpfner in der Katholischen Akademie in Bayern (vor einer Delegation der katholischen „Znak“-Gruppe aus Polen): durch die Ratifizierung seien die kirchlichen Bemühungen um Verständigung „auf eine neue Grundlage gestellt, von der wir in Zukunft auszugehen haben“. Es sei Sache des Vatikans, für eine „kirchliche Neuregelung in den polnischen Westgebieten“ die notwendigen Schritte zu tun. Doch, so fügte Döpfner hinzu, „eine dauerhafte Entscheidung *sollte nicht verzögert werden*“.

„Das war für den Papst das lange erhoffte Zeichen“, schrieb ich in einem Aufsatz für das „Europa-Archiv“ (Nr. 16/1972). Denn zwei Wochen später, am 28. Juni 1972, errichtete der Vatikan die neuen Bistümer in den Oder-Neiße-Diözesen. Es war der letzte Akt einer 27 Jahre währenden Prozedur. – „Wie konnten Sie schreiben, daß *ich* dem Vatikan dafür ein Zeichen geben wollte!?“ empörte sich Kardinal Döpfner, als ich ihm bald darauf in Rom begegnete. So vermerkte ich 1975 in meinem Buch über die „Ostpolitik des Vatikans“, daß Döpfner die römische Kurie zur Normalisierung der Kirchenverwaltung in den Oder-Neiße-Gebieten „ungewollt“ ermutigte ...

Beide Kardinäle, Julius Döpfner († 1976) und Boleslaw Kominek († 1974), haben die Pilgerreise der polnischen Bi-

schöfe in die Bundesrepublik Deutschland nicht mehr erlebt. Sie hätten ein empfindliches Gehör für manchen Unterton gehabt... Ins Spannungsfeld zwischen Seelsorge und Politik, zwischen Ost und West geraten, hatte jeder auf seine Weise versucht, Vertrauen beim Nachbarn zu gewinnen, ohne Vertrauen im eigenen Lande zu verlieren. – Wen könnte es wundern, wenn heute gerade ein Papst aus

Polen solchen Spannungsfeldern zu entkommen sucht?
Hansjakob Stehle

Literaturhinweise: „Versöhnung oder Haß? Der Briefwechsel der Bischöfe Polens und Deutschlands und seine Folgen“. Eine Dokumentation mit einer Einführung von O. B. Roegele, Osnabrück 1966; „Oredzie Biskupów Polskich do Biskupów Niemieckich“. Materialy i Dokumenty, Warszawa 1966; Helmut Holzappel, „Tausend Jahre Kirche Polens“, Würzburg 1966; Hansjakob Stehle, „Nachbar Polen“ (Erweiterte Neuausgabe), Frankfurt/Main 1968.

Interview

Jonestown und die Sekten

Ein Gespräch mit Professor Helm Stierlin

Die Katastrophe von Jonestown, der teils freiwillige, teils erzwungene Selbstmord von über 900 amerikanischen Sektenmitgliedern der sog. Volkstempelsekte, hat in den Vereinigten Staaten und weltweit Betroffenheit ausgelöst. Sie war zugleich Anlaß, weltweit die Diskussion über die sog. Jugendsekte, ihre Anhängerschaft, ihre Rekrutierungsfelder und die in den Sekten wirksamen Gruppenprozesse wieder aufzunehmen. Wir sprachen darüber mit dem bekannten und durch langjähriges ärztliches und therapeutisches Wirken in den USA mit der amerikanischen Szene vertrauten Heidelberger Psychoanalytiker und Familientherapeuten Professor Helm Stierlin. Die Fragen stellten D. A. Seeber und Hans Georg Koch.

HK: Herr Professor Stierlin, im Zusammenhang mit der Katastrophe von Jonestown sind von diversen Kommentatoren aktuelle und historische Parallelen verschiedenster Art gezogen worden. Sie reichen von Terroristenschicksalen unserer Tage über Vorgänge aus dem 17. und 18. Jahrhundert, wonach verbreitet Einzelne Mordtaten begingen in der Absicht, durch die so provozierte eigene Hinrichtung, also durch indirekten Selbstmord, ihrem Leben ein Ende zu setzen, bis zurück zur Todesbereitschaft der Märtyrer des frühen Christentums. Handelt es sich aber, ganz abgesehen davon, daß hier Unvergleichbares verglichen wurde, bei dem Gruppenselbstmord der Volkstempelsekte in Guyana, in seiner Mischung von Selbstzerstörung und Terror, nicht um einen Vorgang von ganz neuer Qualität?

Stierlin: Das ist für mich schwer zu beurteilen, weil in vielen solcher Gruppenprozesse beide Elemente, Terror und Selbstzerstörung, mitschwingen. Das gilt sowohl für Prozesse in sehr kleinen Gruppen, die nur wenige Menschen betreffen, wie für große Massenbewegungen von der Art des Nationalsozialismus. Jedesmal finden sich hier, bei allen Unterschieden, ähnliche Elemente. Dazu gehören Ter-

ror nach innen und eine immer radikalere Feindseligkeit nach außen, aber auch ein Hinsteuern auf Selbstzerstörung. Dabei ist es im letzten dann nicht so wichtig, wie diese Selbstzerstörung zustande kommt: ob durch die Selbstaufgabe der Gruppenmitglieder oder die Befehle durch eine Führer-Persönlichkeit vom Schlage eines Jim Jones oder durch die fortgesetzten Provokationen anderer, die diese schließlich zwingen, die Zerstörung zu vollziehen. Letzteres finden wir auch bei heutigen Terroristen. Denn wir sehen hier eine ausgeprägte Neigung zur Selbstzerstörung, aber gleichzeitig auch ein Element der Provokation, durch das andere dazu gebracht werden sollen, als die Hinrichter aufzutreten.

„Die religiöse Szene in den USA mit ihrer Fragmentierung begünstigte einen Mann wie Jones“

HK: Spielt hier nicht auch eine im Gruppenprozeß entstandene und verfestigte andere Einstellung zum Tod herein? Obwohl es sich um eine Sekte mit religiöser Zielsetzung, wenigstens in ihrem Ursprung, handelte, scheint es für die Volkstempler um Jones kein Jenseits des Todes gegeben zu haben, das über die Existenz der Gruppe hinausreichte.

Stierlin: Ganz läßt sich das, glaube ich, so nicht sagen. Bei den verschiedenen Sekten und Sektenmitgliedern gibt es offenbar doch sehr verschiedene Vorstellungen vom Tode. Für viele Mitglieder der Jones-Sekte bedeutete der Tod wahrscheinlich Friede, Erlösung, ein schöneres Leben, Gruppenzusammengehörigkeit. Was sie vom Tod erwarteten, war also sicher ein besserer Zustand als der hier auf Erden. Für Terroristen unserer Tage ist der Tod wohl einerseits ebenfalls Erlösung, andererseits aber auch eine